

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Fokus
Gesundheits-
und
Sozialpolitik



Es braucht neuen Schwung in der Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen im Gesundheitswesen und in der Sozialpolitik. Es braucht dringend nachhaltige Reformen und neue, mutige Wege. Während andere Parteien vor allem Symbolpolitik betreiben, sorgt die FDP für neuen Schwung. Lesen Sie in diesem «Freisinn», welche Rezepte die FDP anwenden wird im Kampf gegen steigende Gesundheitskosten und marode Sozialwerke.

Seiten 6 bis 11

Nein zum Ess-Diktat

Steigende Preise und staatlicher Zwang bei weniger Auswahl: FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner erklärt uns im Interview, warum die beiden Agrar-Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» so schädlich sind und am 23. September abgelehnt werden sollten.

Seite 21

Zurück in die Zukunft

Politische Bewegungen liegen im Trend. Sie sind aber nichts Neues – schon gar nicht für die FDP. Als Bewegung steigt die FDP in die Wahlen 2019 – sie geht damit nicht nur mit der Zeit, sondern kehrt so gleichzeitig zu ihren Wurzeln zurück.

Seite 22



Arbeitsplätze sichern

Delegiertenversammlung in Solothurn

Die Umsetzung der Steuervorlage 17 im Kanton Solothurn stand im Zentrum der Delegiertenversammlung in Solothurn. Marcel Gehrig, Chef des Steueramts, erklärte die Notwendigkeit der Gesetzesrevision. Die in die Vernehmlassung geschickten Vorschläge wurden von Kantonsrat Beat Loosli gewürdigt. Mit wenigen Ausnahmen gehen die Freisinnigen mit der Stossrichtung des Regierungsrats einig. Die über 130 Delegierten zeigten sich überzeugt, dass der von Gewerkschaften bis SVP wohl austarierte Kompromiss nicht gefährdet werden dürfe. «Die 12,9 Prozent Gewinnsteuersatz sind, verglichen mit unseren kantonalen Nachbarn, gerade gut genug», sagte Kantonsrat Simon Michel. Heute zahlen «normale» Firmen etwa 21 Prozent, Holdinggesellschaften aber nur ca. 8,5 bis 10 Prozent

Gewinnsteuern. Roger Siegenthaler, Präsident des Einwohnergemeindeverbandes, erläuterte, weswegen es zwingend sei, dass der Kanton die Gemeinden zu 100 Prozent entschädigen müsse. Hinsichtlich der Bundesvorlage kritisierte Nationalrat Kurt Fluri die Verknüpfung zwischen Steuerreform und AHV-Finanzierung als staatspolitisch bedenklich. Man befinde sich in einem klassischen Dilemma.

Bei den Jungfreisinnigen fand ein Generationenwechsel statt. Philipp Eng übernahm das Präsidium von Tobias Bolliger. Die neue Vorstandscrew erhielt Gelegenheit zur Vorstellung. Sodann nahm sich Regierungsrätin Brigit Wyss Zeit, die Herausforderungen und Ziele in ihrem Departement vorzustellen. Souverän umschiffte die grüne Politikerin auch heikle Fragen und sorgte für einen würdigen Abschluss.

Inhalt

- 3 Solothurn
- 6 Neuer Schwung für das Gesundheitswesen
- 7 Gesundheitskosten – Taugliche und andere Rezepte
- 8 Pflegeinitiative: Falscher Weg
- 9 Finanzielle Stabilität für den Sozialstaat
- 10 AHV: Mehreinnahmen allein helfen nicht
- 11 BVG: Es braucht rasches Handeln
- 12 RADIGAL
- 14 FDP International
- 15 Jubiläum FDP Zug
- 16 Wahlen in Zug
- 17 Ja zum Bundesbeschluss Velo
- 18 FDP-Wandertag
- 20 Nein zur Selbstbestimmungsinitiative
- 21 Nein zu den Agrar-Initiativen
- 22 Mentoring-Beitrag
- 23 Newsletter und Agenda

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Kantonaleil:
Redaktion Solothurner Freisinn
Schöngrünstrasse 35 | 4500 Solothurn
T: 032 622 31 66
E: info@fdp-so.ch | www.fdp-so.ch

Layout:
LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:
NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Editorial

Petra Gössi

In der Altersvorsorge und der Gesundheitspolitik brauchen wir jetzt nachhaltige Reformen!

Liebe Freisinnige

Die Sozialpolitik und die Gesundheitspolitik in unserem Land sind zwei schwierige Themen. Vor allem gibt es keine Patentrezepte oder einfachen Lösungen. Trotzdem brauchen wir dringend nachhaltige Reformen.

Qualität, Effizienz und Verantwortung im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen bietet eine umfassende Leistungspalette, und die Zufriedenheit der Bevölkerung ist hoch. Allerdings gibt es einen Wermutstropfen: Die gute Qualität hat einen hohen Preis. CVP und SP haben pünktlich zum Start ihrer Kampagnen für die Wahlen 2019 Initiativen im Gesundheitsbereich angekündigt. Ihre Initiativen benennen zwar die Probleme – Lösungen, wie die Fehlanreize und die strukturellen Ineffizienzen beseitigt werden sollen, werden aber keine aufgezeigt. Die Annahme der Initiativen würde zu einem Leistungs- und Qualitätsabbau führen. So würde beispielsweise die Kostenbremse, wie sie die CVP vorschlägt, zum Aufschub von medizinischen Eingriffen auf das nächste Jahr führen, um die Kostenvorgaben einhalten zu können. Wir brauchen keine Scheinlösungen in Form von Wahlkampf-Initiativen, sondern Reformvorschläge, die ein hochwertiges Gesundheitswesen gewährleisten, in welchem die Wahlfreiheit sichergestellt ist, dessen Kosten wir im Griff haben und dessen Finanzierung nachhaltig und verantwortungsvoll ist. Philippe Nantermod zeigt in seinem Artikel den Lösungsansatz der FDP auf.

Nachhaltige und generationengerechte Reform der Altersvorsorge

Auch bei der Altersvorsorge braucht es dringend eine Reform. Anfang Sommer hat der Bundesrat seine Reformvorlage «AHV 21» vorgestellt. Es ist begrüssenswert, dass wichtige Elemente aus unserem Plan B zur gescheiterten AV 2020 in die Vorlage eingeflossen sind. So etwa die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer sowie die Flexibilisierung des Rentenalters zwischen 62 und 70 Jahren. Aber der Bundesrat übersieht ein weiteres Mal mit einer massiven Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent: Gerade aus Respekt vor dem Generationenvertrag lehnen wir dies ab.

Unser Vorsorgesystem muss endlich an die demografischen Realitäten angepasst werden. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Reform der 2. Säule weiterhin dringend: Die systemwidrige Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern, die 2017 sieben Milliarden Franken betrug, muss möglichst rasch eingedämmt werden. Lesen Sie mehr zu diesem Thema im Beitrag von Josef Dittli.

5 vor 12

Sowohl bei der Reform des Gesundheitswesens als auch bei der Altersvorsorge schlägt es 5 vor 12. Die FDP wird alles daran setzen, dass wir das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge jetzt nachhaltig reformieren und die Schweiz so an der Weltspitze halten können.

Ihre Petra Gössi



Lanze für eine blühende Wirtschaft

Parteipräsident

Historische Vergleiche sind heikel. Wenn sich etwa unsere nationalkonservativen SVP-Freunde auf Bundesrat Munzinger berufen und sich als die wahren Hüter der liberalen Bewegung sehen, wandeln sie auf brüchigem Eis. Urs Marti bringt dies in seiner wie immer hervorragenden Kolumne in dieser Ausgabe des Solothurner «Freisinn» meisterhaft auf den Punkt. Aber historische Vergleiche haben halt ihren Charme. Ich sehe zum Beispiel Gemeinsamkeiten zwischen dem Ancien Régime und der heutigen Schweiz. Bauern und Stadtbewohner in ganz Europa verlangten damals umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Besserstellung. Gebannt vom Schrecken der Französischen Revolution, blieben die kantonalen Obrigkeiten untätig und verloren so den Rückhalt in ihrem Volk. Die Tagsatzung war 1797 so zerstritten, dass sie sich nicht dazu durchringen konnte, der Gefahr von aussen mit einem eidgenössischen Heer entgegenzutreten. Die Schweiz fiel den Franzosen trotz Widerstand gewisser Kantone wie ein reifer Apfel in die Hand.

Heute stehen zwar keine französischen Soldaten an unserer Grenze, aber die Herausforderungen sind nicht weniger brisant. Die neuen Unternehmenssteuervorschriften der OECD, die Klärung

des Verhältnisses zur EU, die Digitalisierung und die Reform der Sozialwerke bedürfen der Lösung. Handeln wir nicht, laufen wir Gefahr, Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in den Staat und seine Institutionen nachhaltig zu gefährden. Haben wir Eidgenossen von heute etwas gelernt aus dem Debakel von 1797? Suchen wir zusammen nach den besten Lösungen für unser Land? Weit gefehlt! SVP und neuerdings auch SP und Gewerkschaften torpedieren Gespräche mit unseren europäischen Nachbarn, die Grünen wollen mit den zur Abstimmung anstehenden Initiativen unseren Agrarmarkt faktisch vom Ausland abkoppeln, SP und CVP versüssen die notwendige Unternehmenssteuerreform mit einem Milliarden-Zückerchen und schieben so die dringende AHV-Reform auf die lange Bank. Sie alle setzen unseren Wohlstand fahrlässig aufs Spiel. Dabei verdienen wir jeden zweiten Franken im Ausland, davon über die Hälfte in der EU. Die Agrarinitiativen sorgen für noch höhere Nahrungsmittelpreise und schaden unserer vom Export abhängigen Volkswirtschaft. Und bei der AHV warten wir weiter auf echte Lösungen, es werden weiterhin hohe Summen von den jüngeren zu den älteren Generationen verschoben, und die Defizite der Sozialwerke wachsen weiter.

Solothurn braucht eine Vorwärtsstrategie

In Solothurn steht es um den politischen Konsens nicht besser. Zwar wurde am runden Tisch zur Steuervorlage 17 ein Kompromiss zwischen Wirtschaft, Sozialpartnern und Gemeinden erarbeitet. Aber die SP ging von Beginn an kopflos auf Opposition. Dabei werden mit der Steuervorlage nicht Steuergeschenke an Einzelne verteilt. Vielmehr werden Grundlagen geschaffen, damit sich unsere Unternehmen im Wettbewerb bewähren und auch in Zukunft attraktive Arbeitsplätze anbieten können. Mit einzelnen Kritikpunkten an der Vorlage bin ich einverstanden: Die Steuerbelastung für natürliche Personen bleibt zu hoch. Die diffuse Furcht der Staatsangestellten vor zusätzlichen Sparmassnahmen und deren Folgen für soziale und ökologische Aufgaben ist verständlich. Das Anliegen der Gemeinden, ihre finanzielle Basis sichern zu wollen, ist berechtigt. Nur werden diese Befürchtungen gerade dann eintreten, wenn wir als Kanton die Weichen nicht rechtzeitig stellen. Die Studie des Regierungsrates zeigt klar und deutlich: Unser Kanton braucht die Steuervorlage. Das Solothurner Wirtschaftswachstum liegt seit Jahren unter dem schweizerischen Schnitt. Der Kanton wird 2019 367 Millionen Franken aus dem nationalen Finanzausgleich erhalten, 1388 Franken pro Einwohner. Nur Uri, Glarus, Wallis und Jura erhalten pro Kopf noch mehr. Und wir sind in Sachen Finanzstärke von Rang 21 auf Rang 22 zurückgefallen. Auf diese Zahlen können wir nicht stolz sein. Wir brauchen eine mutige Vorwärtsstrategie oder noch besser einen Masterplan, um die Finanz- und Wirtschaftskraft unseres Kantons zu stärken und aus Solothurn wieder einen attraktiven Standort zum Leben und zum Arbeiten zu machen.

Ähnlich wie damals die Obrigkeit im Ancien Régime sind wir heute national wie kantonal politisch zerstritten und können anstehenden Herausforderungen nur unzureichend Rechnung tragen. Es fehlen die Bereitschaft zum Dialog, der Wille, in zentralen Fragen Kompromisse zu finden, und die gemeinsame Verpflichtung, unserer Wohlfahrt Sorge zu tragen. Dabei ist ein ausreichendes Angebot an attraktiven Unternehmen und Arbeitsplätzen Voraussetzung, um die sozialen, kulturellen und ökologischen Anliegen finanzieren zu können.

Die Steuervorlage 17 ist ein erster Schritt. In einem nächsten gilt es, die Steuerbelastung der natürlichen Personen zu reduzieren und die Finanzkraft unseres Kantons zu stärken. Wir Freisinnigen sind bereit, für einen attraktiven Kanton Solothurn zu kämpfen. Ich hoffe, wir dürfen dabei auch auf unsere Regierungspartner CVP, SP und Grüne und auch die SVP zählen.

Stefan Nünlist, Präsident



Kompromiss wird unterstützt

Steuervorlage 17

Die Privilegierung der Statusgesellschaften (Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften) steht nicht mehr im Einklang mit den politischen Verpflichtungen der Schweiz zur Aufhebung dieser Regelungen. Das führt zu Rechts- und Planungsunsicherheiten bei den betroffenen international tätigen Unternehmen. Zusätzlich hat sich in den letzten zwei Jahren der internationale Steuerwettbewerb intensiviert. Die Aufhebung der Steuerprivilegien für Statusgesellschaften ist deshalb zwingend und zunehmend dringend.

Hauptziel der Steuervorlage 17 ist es, nach Wegfall des besonderen Steuerstatus weiterhin eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung für Unternehmen zu erreichen. Auch für den Kanton Solothurn gilt es, mit einer wettbewerbsfähigen Steuerstrategie möglichst viel Steuersubstrat und damit auch Arbeitsplätze zu erhalten. Mit Blick auf die politische Ausgewogenheit und die finanziellen Auswirkungen auf Kanton und Gemeinden braucht es auf kantonaler Ebene eine Vorlage mit Gegenfinanzierungen und flankierenden Massnahmen.

Es ist bemerkenswert, dass die Sozialpartner und Vertreter von Gemeinden und Kanton sich in einer Begleitgruppe zuhanden des Regierungsrates einstimmig für einen ausgewogenen Kompro-

missvorschlag einigen konnten. Die FDP, Die Liberalen anerkennen diese Leistung und weichen in der Vernehmlassung zuhanden der Regierung nur in einzelnen Punkten ab.

Umsetzung im Unternehmenssteuerrecht

Der vorgeschlagene effektive Gewinnsteuersatz für juristische Personen von rund 13 Prozent erachten wir als Vorwärtsstrategie und mit Blick auf die Pläne der Kantone keineswegs als Tiefsteuerstrategie. Im Sinne der ausgewogenen Vorlage befürworten wir den vorgeschlagenen Gewinnsteuersatz. Dieser Steuersatz führt für die Statusgesellschaften zu einer deutlich höheren Steuerbelastung; die übrigen juristischen Personen werden steuerlich entlastet.

Die FDP begrüsst zudem die Einführung der Patentbox und die Zusatzabzüge für Aufwendungen aus Forschung und Entwicklung sowie die maximale Gesamtentlastung aus diesen Instrumenten von 50 Prozent. Aus Sicht der FDP sollen die Voraussetzungen zum erhöhten Abzug möglichst «KMU-freundlich» ausgelegt werden. Es sollen nicht nur die wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten unterstützt werden, sondern andere innovative Projekte und Innovationen. Bei vielen Unter-

nehmen findet F+E intern statt, ohne externe «Begleitungen». Diesem Umstand soll mit einer möglichst flexiblen Auslegung (auf Verordnungsebene) Rechnung getragen werden.

Steuerliche Gegenfinanzierung

Bei der Gegenfinanzierung ist die FDP gegen die Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden von 60 Prozent auf 75 Prozent. Den Kompromissvorschlag der Begleitkommission von 70 Prozent erachten wir als oberste Limite. In diesem Bereich stehen wir mit den in dieser Hinsicht sehr attraktiven Nachbarkantonen Aargau und Bern in Konkurrenz. Zusammen mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Vermögenssteuer führt dies gerade bei Aktionären von Familiengesellschaften zu einer erheblichen steuerlichen Mehrbelastung.

Bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Vermögenssteuern von 1 Promille auf 1,4 Promille stellen wir Missverständnisse in der Kommunikation fest. Aus diesem Grunde kommt für die FDP nur eine lineare Erhöhung der Vermögenssteuern ab 1 Mio. Franken auf die vorgeschlagenen 1,4 Promille in Frage. Bis zur Grenze von 1 Mio. Franken soll die Belastung aus der Vermögenssteuer maximal 1,0 Promille betragen.

Flankierende Massnahmen

Grundsätzlich begrüsst die FDP die meisten vorgeschlagenen Massnahmen wie die Milderung der Einkommenssteuern für kleine Einkommen sowie die Massnahmen im Sozialbereich wie die Finanzierung von Familienergänzungsleistungen und Gutscheinen für familienergänzende Kinderbetreuung. Die Finanzierung der IT-Bildungsoffensive erachten wir als fraglich. Falls die Bundesvorlage die zusätzliche AHV-Finanzierung vorsieht, ist auf die IT-Bildungsoffensive zu verzichten, da die Firmen mit zusätzlichen Lohnprozenten in etwa im gleichen Umfang belastet werden. Weiter soll die Erhöhung der Familienzulage nur erfolgen, wenn das Bundesrecht verbindliche Vorgaben aufstellt.

Aus Sicht der FDP sollen grundsätzlich nur juristische Personen in die Finanzierung eingebunden werden, welche vom tieferen Gewinnsteuersatz im Kanton Solothurn profitieren und effektiv Steuern bezahlen. Zudem muss ein anderer Finanzierungsweg als die vorgeschlagenen Lohnprozente über die Familienausgleichskasse gefunden werden. Die Arbeitskosten sollen nicht weiter verteuert werden!

Zusammenfassend ist die Vorlage für die FDP eine Chance, den Kanton Solothurn im Unternehmenssteuerbereich gut zu positionieren und Steuersubstrat und Arbeitsplätze erhalten zu können.

Beat Loosli
Kantonsrat FDP, Starrkirch-Wil

Plagiatoren

Kolumne

Die Solothurner SVP schickt sich an, Josef Munzinger für sich zu vereinnahmen. Den Anfang machte Parteipräsident Christian Imark in einem «Extrablatt» gleich selber. Und aus dem Hause Wyssmann (SVP pur) twittert es nach trumpschem Vorbild: «Heute würde Munzinger klar die SVP SO wählen.» Langsam!

Das tönt zunächst in Ermangelung eigener Vorzeigeschilder nach Leihvaterschaft. Aber eben. Der äusserst hoch geachtete Landesvater Friedrich Traugott Wahlen wird beiseitegeschoben, weil er zu europafreundlich war. Bundesrat Leon Schlumpf, zwar ein Architekt der heutigen SVP, steht auf der schwarzen Liste, weil es seine Tochter Eveline Widmer-Schlumpf gewagt hat, entgegen dem Parteidiktat die Wahl zur Bundesrätin anzunehmen. Schliesslich mag man sich auch nicht gerne daran erinnern, dass Adolf Ogis Stimme für den Bundesratsbeschluss ausschlaggebend war, bei der EU ein Beitritts-gesuch einzureichen. Was übrig bleibt, ist jedenfalls auch bei der SVP des Kantons Solothurn nicht mehr von erster Qualität. Jedenfalls kann diese weder auf kantonaler Ebene noch im Nationalrat mit dem Format von Männern freisinniger Provenienz Schritt halten, wie Hermann Obrecht, Walther Stampfli, Karl Obrecht, Ulrich Luder, Max Affolter, Alfred Wyser oder Emil Kiefer, um nur einige zu nennen. Diese Liste liesse sich beliebig durch die Namen von noch lebenden und sogar aktiven FDP-Politikerinnen und -Politikern verlängern.

Im Umgang mit Josef Munzinger bedient sich die SVP einmal mehr der Methode der monumentalen Vereinfachung. Josef Munzinger war nicht bloss ein liberaler Kämpfer der ersten Stunde, ein unermüdlicher Verfechter freiheitlicher und demokratischer Prinzipien. Er war auch ein äusserst fortschrittlicher Politiker. Er hat die Schaffung des Bundesstaates von 1848, für die damalige Zeit eines der modernsten Staatswesen, wesentlich mitgestaltet. Als erster Finanzminister brachte er Ordnung in die Bundeskasse, anfänglich ein fast unlösbares Problem, auch wegen der von den Sonderbundskantonen zu schuldenden Kriegskontributionen. Munzinger führte auch den Franken als Einheitswährung ein.

SVP-Politik ist konservative Politik. Mit der Politik, wie sie sie heute betreibt, hätte sie 1848 sicher je nach Kanton für die Beibehaltung des Hellers, Batzen oder Gulden plädiert. Mit einem Burkaverbot, mit einem Minarettverbot lässt sich keine



Zukunft gestalten. Auch die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ist Politik von gestern. Imark erweckt in seiner 1.-August-Ansprache den Eindruck, als würden nur noch «fremde Richter» Recht sprechen. Er vergisst, dass für die unzähligen Gerichtsurteile, die Jahr für Jahr von den verschiedenen Gerichtsinstanzen gefällt werden, vor allem unser Straf- und Zivilgesetzbuch massgebend ist. Völkerrecht ist kein fremdes Recht, wie das die SVP insinuiert. Es wird durch Verträge ausgehandelt und je nachdem vom Parlament und mit dem Staatsvertragsreferendum schliesslich auch vom Volk gutgeheissen oder abgelehnt. Die Selbstbestimmungsinitiative wird die Demokratie nicht stärken, sondern die Unabhängigkeit der Justiz schwächen. Die SVP will keine fremden Richter, aber mit ihrem Begehren startet sie einen Angriff auf die eigenen Richter.

Dass die SVP mit ihrer Politik auch gleich noch den hoch verdienten freisinnigen Bundesrat Josef Munzinger für sich beanspruchen will, ist nicht nur eine Unverschämtheit, sondern auch ein Plagiat. Plagiate haben in Deutschland die politische Karriere von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und von Bildungsministerin Annette Schavan vorzeitig beendet. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler nächstes Jahr bei uns das auch so sehen.

Urs Marti, Langendorf

FDP-Brunch an der HESO

Sonntag, 23. September 2018

9.30 bis 11.00 Uhr

anschl. traditionelles FDP-Söilirennen
Zelt der Bio-Bauern, Schanzengraben (Halle 10)

Preis: Fr. 20.– pro Person (inkl. Getränke), Kinder bis 12 Jahre gratis. Anmeldung erforderlich bis Montag, 17. September, beim FDP-Sekretariat, Tel. 032 622 31 66, oder über E-Mail info@fdp-so.ch. Aufgrund der beschränkten Anzahl Plätze werden die Anmeldungen nach Eingang berücksichtigt.

Wechsel in den Ortsparteien

Balsthal:

Freddy Kreuchi (neu) für André Schaad

Biberist:

Jan Noordtjij (neu) für Konrad Gisler

Däniken:

Gabi Stiegeler (neu) für Ruedi Rickenbacher

Lüterkofen-Ichertswil:

Reto Allemann (neu) für Roger Siegenthaler

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

AGENDA

21. bis 30. September

FDP-Stand an der HESO «Zum Freisinn»
(Stand 509, Halle 5)

Sonntag, 23. September

9.30 Uhr: FDP-Brunch an der HESO
(siehe Kasten unten)

Eidg. und kantonaler Abstimmungssonntag

28. September bis 1. Oktober

FDP-Stand an der MIO (Engelbergstrasse, Olten)

Samstag, 6. Oktober

18.30 Uhr: Gründungsversammlung Jungfreisinnige Dorneck-Thierstein (Pfarreisaal, Breitenbach)

Mittwoch, 24. Oktober

19.30 Uhr: Kant. Delegiertenversammlung
(Bezirk Olten)

Dienstag, 6. November

12.45 Uhr: Apéro-Gespräch mit Kantonsangestellten und öffentliche Kantonsrats-Fraktionssitzung (La Couronne, Solothurn)

Donnerstag, 8. November

19.30 Uhr: Orts- und Amteiparteipräsidentenkonferenz (Rössli, Oensingen)

Donnerstag, 15. November

18.00 Uhr: Club FDP 2000: Jahresversammlung mit Gastreferent alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz (Roter Turm, Solothurn)



Neuer Schwung fürs Gesundheitswesen

Qualität, Effizienz, Verantwortung

Andere Parteien schlagen im Hinblick auf den Wahlkampf Scheinlösungen vor, welche die strukturellen Probleme des Gesundheitssystems nicht anpacken oder sogar zu Versorgungslücken führen. Die FDP hingegen will das Schweizer Gesundheitswesen mit wirkungsvollen und realistischen Massnahmen wieder fit machen.

Das Schweizer Gesundheitswesen gehört zu den Besten der Welt. Das hat seinen Preis, zudem treiben die Alterung der Bevölkerung, der medizinische Fortschritt und der wachsende Wohlstand die Kosten nach oben. Diese Faktoren sind an sich nicht negativ. Was die FDP aber unbedingt anpacken will, sind die grossen strukturellen Fehlanreize, welche die Kosten künstlich aufblähen.

Wirkungsvoller Mittelweg der FDP

Die Kostensteigerung wird politisch instrumentalisiert. Die Linke will den Gesundheitssektor und dessen Finanzierung komplett verstaatlichen. Das würde die bestehenden Ineffizienzen noch verstär-

Das von der FDP erarbeitete Positionspapier «Neuer Schwung für das Schweizer Gesundheitswesen» wird noch dieses Jahr vorgestellt.

ken. Andererseits sind auch starre Ausgabenobergrenzen – wie von der CVP gefordert – keine Lösung, denn letztlich hätten solche Massnahmen Einschnitte bei den Leistungen für Patienten zur Folge, wie Regine Sauter ausführt. Populistische Forderungen bringen uns nicht weiter. Die FDP schlägt daher einen pragmatischen Mittelweg vor, der sich auf drei Kernelemente herunterbrechen lässt: Qualität, Effizienz und Verantwortung.

Für hohe Qualität

Eine hohe Qualität der Gesundheitsversorgung ist das beste Mittel gegen den Kostenanstieg: Werden Patienten gleich am Anfang hochstehend versorgt, fallen weniger Folgekosten an. Heute können Patienten die Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Gesundheitszentren bzw. Leistungserbringern nur schwer einschätzen. Bessere Qualitätsindikatoren machen das System transparenter. Erst dann können Patienten ihre Wahlfreiheit wahrnehmen und die für sie optimale Lösung wählen.

Für mehr Effizienz

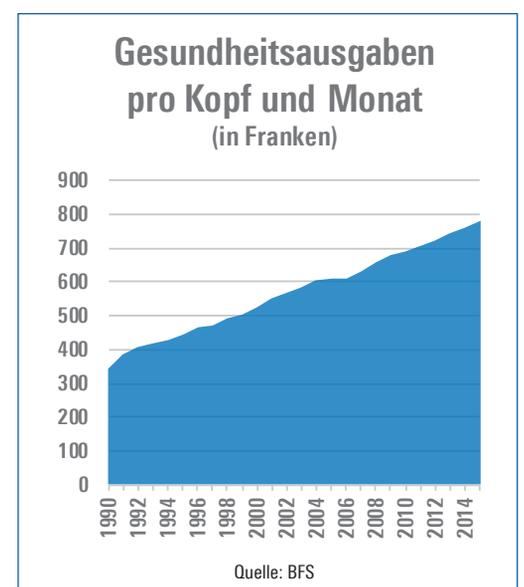
Heute führen strukturelle Probleme und Fehlanreize im Gesundheitswesen dazu, dass mehr Leistungen als nötig erbracht werden und ein Wettrennen bei den Infrastrukturen stattfindet. Können wir diese Fehlanreize korrigieren, wird auch die Kostensteigerung gedämpft. Konkret muss etwa die Mehrfachrolle der Kantone im Gesundheitswesen – Regulator, Leistungserbringer und Geldgeber – entflochten und eine einheitliche Finanzierung der stationären und ambulanten Bereiche eingeführt werden. Ambulante Behandlungen sind gegenüber stationären zu fördern, immer wenn dies medizinisch vertretbar ist.

Für mehr Verantwortung

Für eine nachhaltigere Finanzierung des Gesundheitswesens sollen Patienten bei medizinischen Entscheidungen aktiv miteinbezogen werden. Die Erhöhung und Anpassung der Franchisen, begleitet von speziellen Massnahmen, insbesondere für chronisch Kranke, würde die steigende Kostenbeteiligung der Allgemeinheit bremsen. Wer eine höhere Franchise wählt, hilft, die Kostensteigerung in der Grundversicherung zu dämpfen.

Längerfristig muss die Finanzierung unseres Gesundheitssystems überdacht werden. Das heutige System stammt aus einer Zeit, als eine junge Bevölkerung die Gesundheitskosten von anteilmässig wenig älteren Personen finanzierte. Das ist heute anders. Die Demographie bringt ein über das Umlageverfahren finanziertes Gesundheitswesen zunehmend an seine Grenzen. Die Einführung von neuen Finanzierungsinstrumenten muss geprüft werden – dazu bald schon mehr.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS



2015 entfielen auf jede Schweizer Person Gesundheitsausgaben von monatlich 782 Franken.



Taugliche und andere Rezepte

Kostensteigerung im Gesundheitswesen

Der Anstieg der Gesundheitskosten kann nur gebremst werden, wenn es gelingt, die Mengenausweitung in den Griff zu bekommen. Alles andere ist Symptombekämpfung.

Jährlich wenn die Krankenkassenprämien für das kommende Jahr bekanntgegeben werden und sich zeigt, dass sie gegenüber dem Vorjahr wieder ansteigen, geht ein Aufschrei durch das Land: Nun müsse die Politik endlich handeln. Was kaum zur Kenntnis genommen wird: Steigende Prämien sind das Resultat steigender Gesundheitskosten. In den letzten 20 Jahren haben sich diese mehr als verdoppelt und beliefen sich 2016 auf 80,7 Milliarden Franken.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind zufrieden mit dem Gesundheitswesen und attestieren ihm eine hohe Qualität. Ein immer grösserer Anteil gibt

jedoch an, dass die Prämien das Haushaltsbudget übermässig beanspruchen und nicht mehr tragbar sind. Die steigenden Gesundheitskosten belasten zudem die Budgets der öffentlichen Hand und schränken den Spielraum für andere öffentliche Aufgaben zunehmend ein. Wirksame Massnahmen sind somit unumgänglich.

Symptombekämpfung bringt nichts

Verschiedene politische Rezepte sind derzeit im Umlauf. Die CVP beispielsweise hat eine Initiative angekündigt, die eine Begrenzung des Kostenwachstums fordert. Wie dies im gesundheitspoliti-

schen Alltag geschehen soll, lässt sie allerdings offen, die Formulierung ist sehr vage. Auch eine vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe schlägt im Rahmen eines Massnahmenpakets Zielvorgaben für die Kostenentwicklung vor. Letztlich bedeuten solche Vorschläge nichts anderes als die Einführung von Globalbudgets: Wird ein definierter Plafonds erreicht, dürfen keine weiteren Leistungen erbracht werden. Ein unschönes Szenario für Patienten und Ärzte gleichermaßen: Wer erhält noch welche Leistungen, wenn der Plafonds überschritten ist, und wer entscheidet darüber?

Die SP sieht die Lösung primär in einer Symptombekämpfung. Wenn die Prämienlast anders – aus ihrer Sicht sozialer – verteilt wird, dann ist das Problem vom Tisch. Darum will sie eine «Prämien-Entlastungs-Initiative» lancieren. Diese will die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Haushaltseinkommens begrenzen. Nach wie vor geliebäugelt wird in linken Kreisen zudem mit der Einheitskasse – nun in der Form kantonaler Einrichtungen, welche die Einheitsprämien für die Bewohner festlegen –, wenngleich solche Vorhaben von der Stimmbevölkerung bereits deutlich abgelehnt wurden. Worin der Beitrag zur Kostendämpfung eines solchen Vorhabens liegen könnte, ist denn auch nicht ersichtlich. Das Sparpotenzial in diesem Bereich ist sehr niedrig, wenn überhaupt vorhanden.

Mehr Selbstverantwortung nötig

Aus Sicht der FDP führt nichts daran vorbei, das Übel an seiner Wurzel zu bekämpfen: Will man das Kostenwachstum im Gesundheitswesen bremsen, gilt es, an erster Stelle das Mengenwachstum in den Griff zu bekommen. Hierzu müssen alle Beteiligten einen Beitrag leisten: Die Patienten sollen weniger schnell zum Arzt rennen; Ärzte keinen Anreiz mehr haben, unnötige Behandlungen anzubieten; Spitäler müssen Kapazitäten abbauen. Gefragt ist mehr Selbstverantwortung jedes Einzelnen. Zudem sind vor allem die Finanzflüsse im Gesundheitswesen neu zu ordnen: Inhaltliche und finanzielle Kompetenzen müssen deckungsgleich sein (z. B. bei ambulanten und stationären Behandlungen), und systembedingte Fehlanreize (z. B. überholte Tarife) sollen durch gezielte Reformen abgebaut werden.

Es braucht den politischen Willen, auch unpopuläre Massnahmen durchzusetzen, die Bereitschaft aller Akteure zum Handeln und die Erkenntnis in der Bevölkerung, dass ein Eigenbeitrag unumgänglich ist. Ohne Einschränkungen wird es nicht gehen, wir dürfen uns nichts vormachen. Wer anderes behauptet, betreibt Augenwischerei. Das Ergebnis wird ein weiterhin hochstehendes, aber effizienteres und damit kostengünstigeres Gesundheitswesen sein. Und dafür wird sich die FDP einsetzen.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

«Die FDP setzt sich für ein hochstehendes, aber kostengünstigeres Gesundheitswesen ein.»



Gut gemeint, falscher Weg

Pflegeinitiative

Der Mangel an Pflegefachpersonal ist ein Problem. Dieses mit einem Verfassungsartikel lösen zu wollen, wäre aber unangebracht. Die Pflegeinitiative schießt über das Ziel hinaus.

Der demografische Wandel sorgt für Gesprächsstoff: Schweizerinnen und Schweizer leben immer länger. Das ist an sich erfreulich. Doch im Vergleich zu den Erwerbstätigen nimmt der Anteil an Senioren und Betagten an der Gesamtbevölkerung immer stärker zu – und damit auch der Anteil an Menschen, die Pflege benötigen. Wie vielerorts in der Sozial- und Gesundheitspolitik stellt sich folglich schnell die Frage, wie immer weniger Prämien- und Steuerzahler die immer mehr Leistungsbezüger finanzieren sollen. Und aufgrund des rasanten Anstiegs der Pflegebedürftigen steht die Schweiz vor einer weiteren Herausforderung: dem Pflegefachkräftemangel.

Verfassungsschutz für eine einzige Berufsgruppe

Dieser Mangel war Ursprung für die Ende 2017 zustande gekommene Initiative «Für eine starke Pflege». Sie fordert von Bund und Kantonen die Ergreifung von Massnahmen für eine «ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität», «wirksame Massnahmen gegen den Fachkräftemangel» und eine Aufwertung des Pflegeberufes, was etwa die Verbesserung der Arbeitsbedingungen betrifft. So berechtigt diese Anliegen im Grunde sein mögen, so schwammig sind sie andererseits definiert.

Die Initiative greift ein wichtiges Thema auf. Allerdings ist ein Verfassungsartikel definitiv der falsche Weg. Denn die Pflegeinitiative stellt eine

ganz bestimmte Berufsgruppe – die Pflegefachpersonen – in den Fokus und will dieser quasi verfassungsrechtlichen Schutz gewähren. Nirgends lässt sich in der Bundesverfassung aber ein solcher Anspruch ableiten; weil es nicht der Schweizer Rechtsordnung entspricht. Auch Forderungen zu Arbeitsbedingungen gehören aus liberaler Sicht nicht in die Bundesverfassung.

Zu eingeschränkte Perspektive

Die Initianten blenden mit der eingeschränkten Perspektive auf die diplomierten Pflegefachpersonen die Gegebenheiten in der modernen Gesundheitsversorgung grosszügig aus: Der Bereich ist sehr vernetzt und interdisziplinär. Es sind nämlich längst nicht mehr nur diplomierte Pflegefachpersonen, die bei der Spitex, in der Rehabilitation, im akuten oder im ambulanten Bereich arbeiten. Die Pflegeleistungen werden heute von ganz unterschiedlichen Akteuren erbracht. Eine so einschränkende Definition würde dem Pflegewesen, aber auch den Patientinnen und Patienten (auf deren Bedürfnisse im Initiativtext übrigens nicht eingegangen wird) möglicherweise mehr schaden als nützen, weil das Angebot künstlich verknappt wird.

Die Initiative will zudem, dass Pflegefachpersonen künftig auf Kosten der Grundversicherung selbstständig Leistungen abrechnen können. Ihr unterstützungswürdiges Ziel – die Reduktion der Kosten – wird dadurch aber leider nicht erreicht. Vielmehr könnte die Initiative dazu führen, dass durch die zusätzlichen Leistungserbringer noch höhere Gesundheitskosten resultieren und die Prämien weiter ansteigen. Das ist nämlich meistens der Fall, wenn der Leistungskatalog erweitert wird.

Wer haftet?

Zudem ergeben sich durch die selbstständige Abrechnung heikle Haftungsfragen: Wenn Pflegefachpersonen für das Erbringen bestimmter Leistungen keine ärztliche Anordnung mehr benötigen, wer haftet am Schluss? Wegen der teilweisen Verschiebung der Verantwortlichkeit wäre das Einhalten der ärztlichen Sorgfaltspflichten erschwert, und für die Patienten entsteht Unsicherheit.

Diese Gegenargumente ändern jedoch nichts daran, dass grundsätzlicher Handlungsbedarf für den gesamten Pflegebereich besteht. Was auf Verfassungsstufe wenig sinnvoll ist, kann aber durchaus auf Gesetzesstufe sinngemäss umgesetzt werden. Der Bundesrat hat die Initiative zwar zur Ablehnung empfohlen, hat aber richtigerweise das EDI und die relevanten Akteure beauftragt, weitere Massnahmen im Rahmen der bestehenden Kompetenzen zu prüfen und auszuarbeiten. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in den kommenden Monaten bekanntgegeben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Finanzielle Stabilität für unseren Sozialstaat

Mehr Nachhaltigkeit zum Wohle aller

In der Präambel der Bundesverfassung steht, dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. Unser Sozialwesen ist deshalb eine wichtige Errungenschaft und trägt zur Stabilität unseres Landes bei. Daher ist es fundamental wichtig, dessen Finanzierung langfristig zu sichern.

Die Ausgaben für Sozialleistungen in der Schweiz sind 2016 um gut 5 Milliarden Franken angestiegen und haben mit 170 Milliarden (Ausgaben für u.a. Altersvorsorge, Krankenversicherung, IV, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, EO) einen neuen Höchststand erreicht. Die Mehrzahl unserer Sozialversicherungen ist allerdings in den roten Zahlen. Allein die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen 2016 um fast 4 Prozent – als Folge der steigenden Zahl unterstützter Personen als auch höherer Ausgaben pro Empfänger. Das Bevölkerungswachstum (0,5 Prozent im Jahr 2016) ist für den Anstieg der Ausgaben nur zu einem kleinen Teil verantwortlich.

Wiedereingliederung hat Priorität

Wird die Kostenentwicklung in der Sozialhilfe nicht gestoppt, präsentiert sich deren finanzielle Lage bald ungemütlich. Prioritäres Ziel muss die Wiedereingliederung sein: Sozialhilfebezügler sol-

len wenn immer und so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt finden. Materielle Sozialhilfe sollte kein Dauerzustand sein, und sie darf nicht zu attraktiv sein. Wenn gewisse Sozialhilfebezügler bessergestellt sind als arbeitstätige Menschen, so entstehen gesellschaftlich problematische Fehlreize. Die FDP setzt sich dafür ein, dass diese beseitigt werden – Arbeit muss sich lohnen.

Schiefe Behauptungen der Linken

Die Erwerbsersatzordnung (EO) steht symbolisch für den Ausbau des Sozialstaats: Aktuell verlangen nicht weniger als vier hängige Geschäfte eine Erhöhung der entsprechenden Abgaben. Die Folge wären steigende Lohnnebenkosten, was einer zusätzlichen Verteuerung der Arbeit entspricht.

Auch die Debatte um die Ergänzungsleistungen (EL) wird als Beispiel für die immer gleiche – aber falsche! – Behauptung missbraucht, dass die «bür-

gerlichen Parteien erneut das Sozialwesen abbauen wollen». Die Realität sieht anders aus: Die Ausgaben für die EL betragen 2016 4,5 Milliarden Franken. Für 2030 prognostiziert der Bundesrat eine Steigerung auf 6,6 Milliarden Franken pro Jahr. Im



Beat Walti

Rahmen der Reform der EL setzt sich die FDP für eine Dämpfung dieser Kostensteigerung ein, indem Fehlreize im System beseitigt werden. Knappe Mittel sollen bei den wirklich Bedürftigen ankommen: Mit einem «Sozialabbau» hat das aber nichts zu tun.

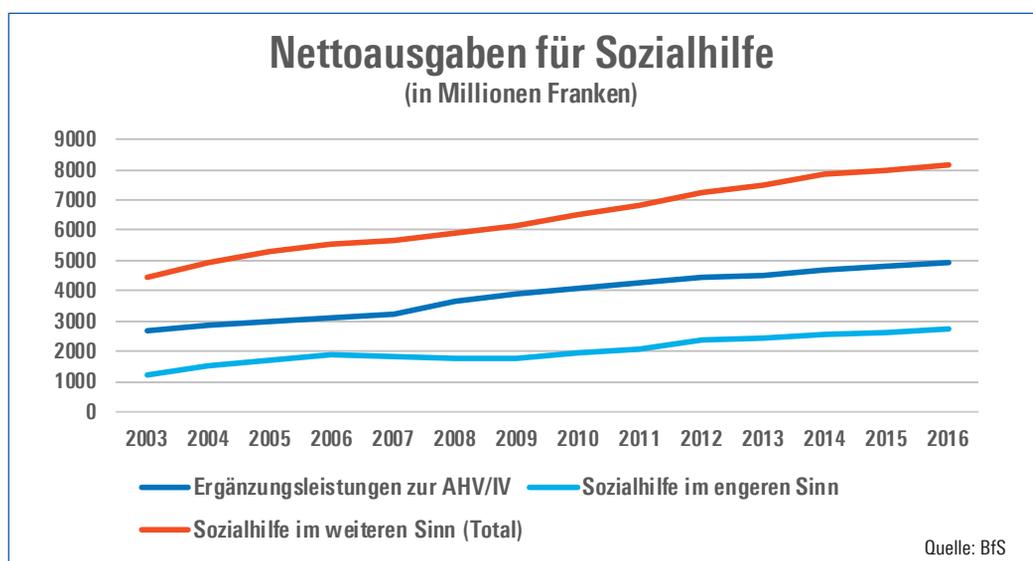
Finanzielle Stabilität zum Wohle aller

In der Kommission für soziale Sicherheit wird zudem eine Revision der IV behandelt. Auch hier muss es primär darum gehen, Betroffene besser wieder eingliedern zu können – das ist im allseitigen Interesse und würde die Kosten dämpfen.

Ende 2017 ist die 2009 von Volk und Ständen bewilligte Zusatzfinanzierung ausgelaufen. Sie hat der IV durch die erhöhte Mehrwertsteuer von 0,4 Prozent jährlich rund 1,1 Milliarden Franken eingebracht. Mit dem Wegfall dieser Einnahmen resultiert 2019 nochmals ein leichtes Defizit. Dann aber soll das Umlageergebnis bis 2030 sukzessive auf 1,4 Milliarden Franken steigen. Diese Überschüsse sollen dazu verwendet werden, die Schulden beim AHV-Fonds bis 2031 abzubauen. Diese Prognosen des Bundesrates sind optimistisch. Sollten sie nicht eintreffen, wird die FDP rechtzeitig Sparmassnahmen auf den Tisch bringen müssen.

Es ist unsere Aufgabe, unsere Sozialversicherungen finanziell stabil zu halten. Nur so stellen wir sicher, dass jene Personen, die Unterstützung wirklich nötig haben, auch in Zukunft auf diese Hilfe zählen können.

Beat Walti, Nationalrat ZH



Die Ausgaben für wirtschaftliche Sozialhilfe betragen 2016 2,7 Mrd. Franken. Für Sozialhilfeleistungen gaben Bund, Kantone und Gemeinden 2016 total 8,2 Mrd. Franken aus. Das Bevölkerungswachstum hat damit nur wenig zu tun.

Mehreinnahmen allein helfen nicht

Reform der AHV

Die Bevölkerung wünscht eine generationengerechte Altersreform. Die «AHV 21»-Vorlage des Bundesrats ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt viel zu tun – und es braucht den Mut, das Richtige zu tun.

Die Altersvorsorge steht auf dem Schweizer Sorgenbarometer ganz oben. Das ist kein Wunder, denn die Finanzierung der ersten Säule ist nicht mehr gesichert: Alleine im letzten Jahr gab die AHV eine Milliarde Franken mehr aus, als sie eingenommen hat. Das Nein zur Altersreform 2020 im vergangenen September war für mich ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung eine finanziell nachhaltige und generationengerechte Reform wünscht. Die Vorlage «AHV 21» des Bundesrats ist ein kleiner Schritt in diese Richtung – aber auch nicht mehr. Es gibt noch grossen Handlungsbedarf.

Mehrwertsteuer-Erhöhung ist überrissen

Die Reformvorlage «AHV 21», die vom Bundesrat kürzlich in die Vernehmlassung geschickt wurde, ist nur ein kleiner Schritt auf dem weiten Weg zur Sanierung der AHV. Und dabei gibt es sogar an der Vorlage selbst noch Verbesserungsbedarf. Die

vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent ist inakzeptabel, denn gerade die jüngeren Generationen werden davon überproportional getroffen. So müsste ein 20-jähriger Schweizer statistisch betrachtet über 60 Jahre lang diesen zusätzlichen Beitrag leisten, ein 65-jähriger Rentner dagegen nur rund 15 Jahre. Unter Generationengerechtigkeit verstehe ich etwas anderes. Die Mehrwertsteuererhöhung muss daher deutlich tiefer ausfallen.

Mehreinnahmen allein reichen nicht

Erfreulich ist, dass einige der Forderungen der FDP in die bundesrätliche Vorlage integriert wurden. Ein flexibles Rentenalter zwischen 62 und 70 Jahren wird von unserer Partei schon seit langem gefordert. Parallel müssen aber finanzielle Anreize gesetzt werden, damit freiwilliges Arbeiten über das ordentliche Rentenalter hinaus attraktiver wird.

Auch die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre für alle ist fair und sinnvoll. Für einen möglichst sozialverträglichen Übergang braucht es eine befristete Abfederung für tiefe Einkommen. Diese Kompensation muss aber im Verhältnis zu den erzielten Einsparungen vernünftig sein und darf nicht zu einem Leistungsausbau verkommen. Die Behauptung, dass die Frauen alleine die Reform tragen, ist schlicht falsch: Die bundesrätliche Vorlage



Bruno Pezzatti

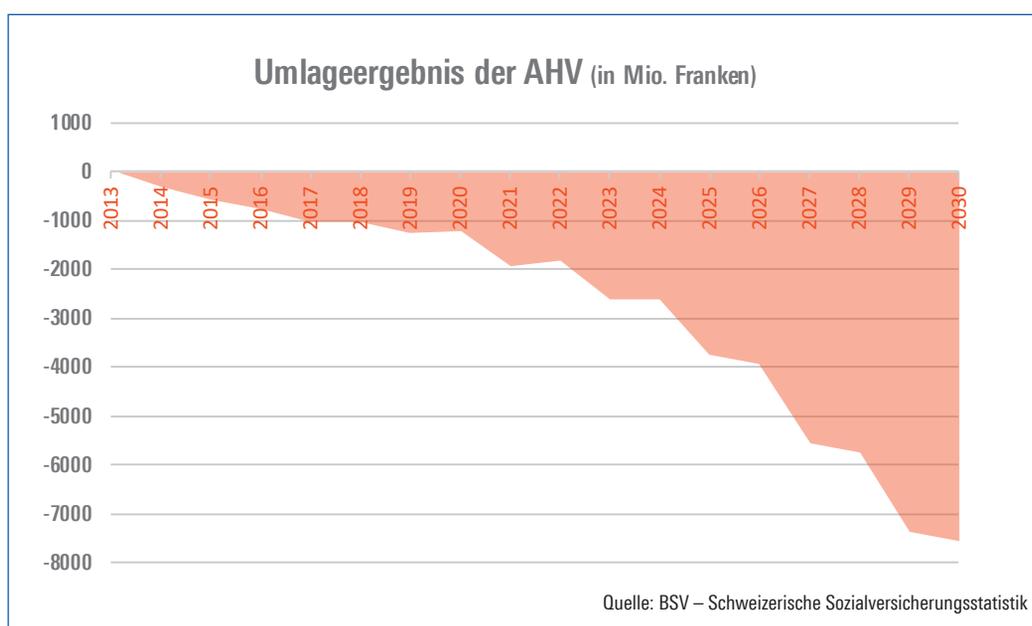
möchte die AHV mittelfristig grösstenteils über Mehreinnahmen sanieren. Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist die einzige relevante ausgabenseitige Massnahme, und ihre finanziellen Auswirkungen sind im Vergleich zu den Mehreinnahmen sehr bescheiden. Genau hier liegt das Problem.

Strukturelle Reform ist nötig

Wir müssen endlich davon wegkommen, einfach immer mehr Geld in die AHV zu pumpen. Denn das packt die Probleme nicht bei der Wurzel. Wir kommen nicht daran vorbei, die strukturellen Probleme in der AHV anzupacken, um ihre Zukunft zu sichern. Alles andere ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Wir wissen alle, dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahren stark zunehmen wird.

Die Vorlage «AHV 21» soll die Altersvorsorge für die kommenden Jahre zumindest stabilisieren – eine langfristige Reform ist sie aber nicht. Auch eine Teilfinanzierung der AHV in der Steuervorlage 17 würde am Reformbedarf in der 1. Säule nichts ändern. Priorität hat die Flexibilisierung des starren Rentenalters und dass die Schweizerinnen und Schweizer dazu ermutigt werden, länger zu arbeiten, wenn sie das wollen. Die Augen zu verschliessen, bringt nichts. Das vorliegende «AHV 21»-Paket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber nur ein kleiner.

Bruno Pezzatti, Nationalrat ZG



Der Handlungsbedarf bei der AHV ist gross. Bei der jetzigen Ordnung beträgt die Finanzierungslücke ohne Reform schon 2030 jährlich rund 7,5 Milliarden Franken.



Es braucht rasches Handeln

Berufliche Vorsorge

Die Reformvorlage AV2020 hätte unser gut ausgewogenes Rentensystem unnötigerweise ins Wanken gebracht. Es ist daher richtig, dass der Bundesrat der Forderung der FDP nachkommt und nun beide Säulen getrennt sanieren will. Die Gespräche mit den Sozialpartnern müssen jetzt aber vorankommen. Denn die Situation bei der 2. Säule erfordert ein rasches Handeln.

Die Reformvorlage AV2020 wurde unter anderem abgelehnt, weil sie die 1. und 2. Säule vermischte. Mitte-Links wollte zudem die berufliche Vorsorge zugunsten der AHV schwächen. Dies hätte unser gut ausgewogenes Rentensystem unnötigerweise ins Wanken gebracht. Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, dass der Bundesrat nun beide Säulen getrennt sanieren will – wie die FDP dies gefordert hat. Richtig ist auch, dass er Arbeitgeber und -nehmer zu Gesprächen aufgerufen hat, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Gespräche müssen aber rasch vorankommen, damit die Situation in der 2. Säule schnell entschärft werden kann.

Letztes Jahr haben die Pensionskassen mit einem positiven Ergebnis von durchschnittlich 7 Prozent abgeschlossen. Dennoch ist die 2. Säule vieler Erwerbstätiger nur um rund 1 Prozent gewachsen, was dem gesetzlichen Mindestsatz entspricht. Was ist also passiert? Haben sich die «bösen» Versicherer auf dem Buckel der Versicherten bereichert – was gut in die Rhetorik der Linke passen würde?

Massive Umverteilung

Die Wahrheit liegt natürlich anderswo. Schuld daran ist der zu hohe Umwandlungssatz von 6,8 Prozent. Dieser entspricht nicht mehr der demographischen Realität. Die Schweizerinnen und Schweizer leben heute länger als früher – sie gehen aber weiterhin mit 65 in die Pension.

Bei einem gleich hohen Umwandlungssatz sind also die bezahlten Renten der 2. Säule nicht mehr über das eigene Kapital gedeckt. Da die Versicherer gesetzlich verpflichtet sind, Renten einzuzahlen, die jährlich 6,8 Prozent des ersparten Kapitals entsprechen, müssen sie dieses Geld anderswo finden. Und hier kommt es zu Querfinanzierungen: Das Geld, das eigentlich in die 2. Säule der Erwerbstätigen fließen sollte, dient in der Praxis dazu, die Renten der bereits Pensionierten zu zahlen. Kurzum: In der 2. Säule findet eine massive, generationenungerechte Umverteilung von Jung zu Alt statt, die schnellstmöglich gestoppt werden muss. Der Umwandlungssatz ist zwingend nach unten zu korrigieren.

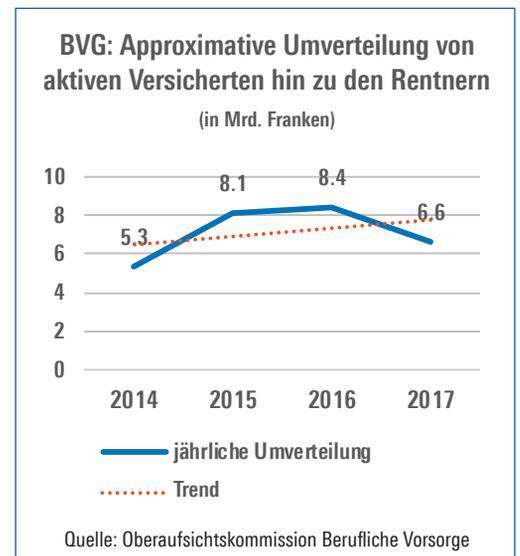
Gleich hohe Renten

Gleichzeitig muss aber das Rentenniveau aufrecht erhalten werden, was mit zwei Massnahmen zu erreichen ist. Einerseits ist eine Erhöhung der Lohnbeiträge unabdingbar: Damit der Versicherte bei einem niedrigeren Umwandlungssatz weiterhin eine gleich hohe Rente erhält, muss er mehr Kapital auf der Seite haben. Dazu muss er während seiner Erwerbstätigkeit höhere Lohnbeiträge leisten. Andererseits braucht es auch gezielte Deregulierungen für die Pensionskassen. Die Rolle des Markts als wichtiger «Beitragszahler» muss gefördert werden. Dafür brauchen die Pensionskassen mehr Spielraum. Die heute zu starren Anlagevorschriften sollen zum Teil gelockert werden.

3. Säule muss wichtiger werden

Zudem soll die 3. Säule eine wichtigere Rolle spielen. Gemäss einer Studie von Comparis haben die Schweizerinnen und Schweizer lediglich 65000 Franken in die 3. Säule eingezahlt, wenn sie das Pensionsalter erreichen. Die Bevölkerung, allen voran die Jungen, muss über die Wichtigkeit und die Vorteile der 3. Säule informiert werden. Je früher man mit den Einzahlungen beginnt, desto grösser wird das Kapital, dank des Zinseszins-effekts. Darüber hinaus müssen die Regeln der 3. Säule gelockert werden. Einerseits sollte es möglich sein, pro Jahr mehr als nur rund 6700 Franken auf diesem Weg zu sparen. Andererseits sollten die Schweizerinnen und Schweizer fehlende Zahlungen rückwirkend nachholen können, wie dies bereits in den 1. und 2. Säulen möglich ist: Heute sind Einzahlungen auf nur ein Kalenderjahr beschränkt. Diese konkreten Anpassungen wären leicht zu realisieren und sollten deshalb rasch vollzogen werden.

Josef Dittli, Ständerat UR



Die Umverteilung von aktiven Versicherten zu Rentnern im BVG beträgt durchschnittlich 7,1 Mrd. Franken jährlich.



Pride Parades in Lugano und Zürich

RADIGAL

Auch in diesem Jahr gingen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle gemeinsam auf die Strasse. Unter dem Motto «Same Love = Same Rights» demonstrierten sie am 2. Juni in Lugano und am 16. Juni in Zürich für die Ehe für alle. RADIGAL war als LGBTI-Fachgruppe an vorderster Front mit dabei! Dass mit Ignazio Cassis in Lugano und Doris Fiala in Zürich gleich zwei prominente Freisinnige anwesend waren, ist als grosses Plus zu werten.

Mittlerweile haben sechzehn europäische Länder die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Hierunter sogar das stark römisch-katholisch geprägte Irland. In der Schweiz ist dies noch immer nicht möglich. Auch wenn diesbezüglich aus der Rechtskommission des Nationalrats positive Signale zu verzeichnen sind, muss aus Sicht von RADI-

GAL eine vollständige Öffnung der Ehe das endgültige Ziel sein. So stand denn die komplette Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare auch im Zentrum der diesjährigen Pride Parades in Lugano und Zürich.

Ignazio Cassis in Lugano

Anlässlich der Pride Parade in Lugano am 2. Juni hielt Bundesrat Ignazio Cassis eine Ansprache. In seiner Rede wies er unter anderem darauf hin, dass er als FDP-Vertreter davon überzeugt sei, dass Freiheit und Eigenverantwortung Eckwerte jeder prosperierenden Gesellschaft seien. Gesellschaftsliberale Positionen seien ein Teil hiervon. Die anwesenden RADIGAL-Mitglieder freuten sich über den Auftritt «ihres» Bundesrats. Dass er sich noch für ein kurzes Gespräch und ein gemeinsames Foto Zeit nahm, rundete die Veranstaltung ab.

Doris Fiala in Zürich

Am 16. Juni stand dann die Pride Parade in Zürich auf dem Programm. Bei bestem Wetter versammelten sich zahlreiche RADIGAL-Mitglieder auf dem

Was ist RADIGAL?

RADIGAL setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen, Positionspapiere und eine Imagebrochure auf Deutsch und Französisch finden sich auf unserer Webseite www.radigal.ch.

Helvetiaplatz, um anschliessend am Demonstrationzug teilzunehmen. Bevor es aber ans Marschieren ging, begrüsst Nationalrätin Doris Fiala die Anwesenden und hielt eine kurze Rede. Die Präsidentin der FDP Frauen machte darauf aufmerksam, dass sie sich schon sehr lange für LGBTI-Anliegen einsetze und dies auch weiter tun wolle. Zudem wies sie darauf hin, dass sich die FDP Frauen an ihrer diesjährigen Generalversammlung deutlich für die Ehe für alle ausgesprochen hätten. Zum Schluss wünschte sie RADIGAL weiterhin viel Erfolg und eine gelungene Veranstaltung.

Michael Lindenmann
Vorstandsmitglied RADIGAL

Was ist eine Pride Parade?

Als Pride Parade, Gay Pride oder Christopher Street Day (CSD) wird ein Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen bezeichnet. Im Rahmen von Umzügen wird für LGBTI-Anliegen und gegen ihre Diskriminierung und Ausgrenzung demonstriert. Die Veranstaltungen finden mittlerweile weltweit statt und erinnern an den ersten Aufstand von Schwulen gegen eine Razzia in einer Bar in der New Yorker Christopher Street vom 28. Juni 1969.

FDP

Die Liberalen
International

Liberalismus über den Tellerrand hinaus

Vertreten Sie die FDP Schweiz am nächsten Kongress der europäischen Liberalen ALDE.
Anmeldung und mehr Infos auf www.fdp-international.ch

Der jährliche Kongress der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bringt mehr als 1'000 Liberale aus ganz Europa zusammen und bietet drei Tage intensive politische Diskussionen, Parolenfassungen für Delegierte, Workshops zu verschiedenen Themen (z.B. digitale Kampagnenführung), fesselnde Reden und wertvolle Kontakte. Alle Mitglieder der FDP.Die Liberalen können daran teilnehmen.



39TH Party Congress, Madrid
8-10 November 2018 #ALDEcongress



Aufgepasst:

Hier könnte Ihr Inserat stehen.

Erreichen Sie mit Ihrem Inserat im Freisinn 60'000 liberale
Leserinnen und Leser in der ganzen Schweiz.
Kontakt: schoy@fdp.ch



Liberal und weltoffen

Auslandschweizer-Kongress in Visp

Jeder 10. Schweizer lebt zeitweise oder für immer im Ausland – Tendenz steigend. Die sogenannte 5. Schweiz vereint damit insgesamt so viele Wählerstimmen wie der Kanton Waadt. Da es aber keinen eigenen Wahlkreis gibt, entfallen diese Stimmen auf den jeweils letzten Wohnkanton – und können dort im nächsten Herbst entscheidend sein. Ein Bericht vom Auslandschweizer-Kongress.

Die ASO ist die von den Behörden anerkannte, repräsentative Interessenorganisation der 5. Schweiz. Seit 1916 vertritt sie Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gegenüber der Schweizer Politik. Sie informiert die Landsleute im Ausland über das Geschehen in der Schweiz und bietet ihnen eine breite Palette von Dienstleistungen an. Der Auslandschweizer-Rat (ASR) ist das oberste Organ der ASO und wird auch als «Parlament der 5. Schweiz» bezeichnet. Er setzt sich aus 120 Delegierten aus dem Ausland sowie 20 Inlandmitgliedern zusammen und beschäftigt sich mit allen Fragen der Auslandschweizer Politik. Je mehr Schweizer in einem Land leben, umso mehr Delegierte stellt dieses. Mit Helen Freiermuth und François Baur hat die FDP International zwei Vorstandsmitglieder im Rat.

Thema Europapolitik

Der Kongress ist das jährliche Highlight der ASO und steht allen offen. Er fand dieses Jahr in Visp zum Thema Europapolitik statt. Roberto Balzaret-

ti, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, und Michael Matthiessen, Botschafter der EU für die Schweiz, gingen in ihren Referaten auf die aktuelle Diskussion um ein Rahmenabkommen ein und unterstrichen die Bedeutung der Beziehungen der Schweiz zur EU. Im Gespräch unter den Gästen war natürlich auch die verantwortungslose Gesprächsverweigerung der Gewerkschaften das Thema schlechthin.

Präsenz der FDP International

Die FDP International hat während des Kongresses einen Informationsstand betrieben, der auf grosses Interesse stiess. Neben dem Vorstand der FDP

Von links: François Baur, NR Laurent Wehrli, Helen Freiermuth, Roger Kölbener, NR Isabelle Moret, alt NR Jacques-Simon Eggly und Martin Nydegger, Direktor Schweiz Tourismus.

International waren insbesondere die Nationalräte Laurent Wehrli, seinerseits im Vorstand der ASO, und Isabelle Moret (beide VD) für die FDP vor Ort.

Die FDP International hat zudem sämtliche Delegierte des Rates zum Auftakt der Sitzung vom 10. August zu einem Informations-Zmorge eingeladen. Roger Kölbener durfte ein Viertel des ganzen Rates begrüßen und ihnen als Präsident die FDP International vorstellen, während NR Laurent Wehrli auf aktuelle und für Auslandschweizer relevante Themen wie Bankkonto, AHV und E-Voting einging. Das Echo war extrem positiv. Die Delegierten anerkennen zunehmend die Schlüsselrolle der Parteien, wenn es darum geht, die Anliegen der Auslandschweizer im Parlament voranzubringen. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der FDP International, welche in diese Richtung gewirkt und mittlerweile den Lead unter den internationalen Sektionen der Parteien übernommen hat. Leider sind heute viele Vorstösse der ASO gerade aus freisinniger Sicht ungenügend und am Ende auch nicht mehrheitsfähig. Das muss sich ändern – sowohl aus freisinniger Sicht wie auch im Sinne der Auslandschweizer.

«Liberal und weltoffen»

Die FDP International wird die 5. Schweiz auch im Wahljahr unter ihrem Slogan «liberal und weltoffen» ansprechen und mithelfen, dieses wichtige Segment zu mobilisieren. Thematisch wird neben E-Voting (viele Auslandschweizer können auf dem Postweg schlicht nicht rechtzeitig oder zuverlässig abstimmen) auch die Personenfreizügigkeit mit der EU ein wichtiges Argument für uns sein, denn über eine halbe Million Schweizer leben in der EU und sind darauf angewiesen.

Helen Freiermuth

Vizepräsidentin FDP International, Delegierte für die Türkei im Auslandschweizer-Rat

«Thematisch wird für die Wahlen neben E-Voting auch die Personenfreizügigkeit mit der EU ein wichtiges Argument für die FDP sein.»



Erfolgreiche Jubiläumsfeier

FDP Zug

Bei wunderbarem Wetter und toller Stimmung feierte die FDP Zug ihr Jubiläum «300 Jahre»: 120 Jahre FDP Stadt Zug, 120 Jahre FDP Kanton Zug und 60 Jahre FDP Frauen Zug.

Petrus meinte es gut mit der Zuger FDP an ihrem Jubiläumstag: Die Sonne strahlte mit den Teilnehmern auf dem Landsgemeindeplatz um die Wette. Die Mandatsträger sowie die Kandidaten standen hinter dem Grill und versorgten die hungrigen und durstigen Besucher. Für musikalische Unterhaltung sorgte die Band Gordon Blö, und die Kinder vergnügten sich in der Hüpfburg.

Am Abend feierten wir das Jubiläum FDP-intern mit Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft bei einem Gala-Event im Theater Casino Zug. An diesem Event waren prominente Vertreter aus unserer Partei wie Petra Gössi, Karin Keller-Sutter, Josef Dittli und Damian Müller anwesend.

Patrick Mollet, Vizepräsident FDP Kanton Zug



Ein Teil des OKs (von links): Patrick Mollet, Steffen Schneider und Birgitt Siegrist.



Einstimmung auf den Gala-Event im Theater Casino.



Festansprache von Petra Gössi.



Die Kandidaten beim Sponsorenlauf.



Gute Stimmung auf dem Landsgemeindeplatz.



300 Kerzen zum 300-Jahr-Jubiläum.

Personalpolitik als Herausforderung

Gesamterneuerungswahlen 2018 im Kanton Zug

Mit dem Entscheid, alle gemeindlichen und kantonalen politischen Gremien an einem Tag zu wählen, wurde den Parteien im Kanton Zug eine herausfordernde Aufgabe erteilt. In der Personalpolitik bedarf es einiger Klimmzüge.

Im Oktober 2018 stehen in Zug die gemeindlichen und kantonalen Gesamterneuerungswahlen an. Dass alle Gremien an einem einzigen Tag gewählt werden, ist eine grosse Herausforderung für die Personalpolitik. Wenn beispielsweise eine Gemeinderätin Ambitionen auf das Amt einer Regierungsrätin hegt, so steht sie und mit ihr die Ortspartei (wie auch die Kantonalpartei) vor einer schwierigen Frage: Kandidiert sie für beide Ämter oder nicht? Seit 2014 werden in Zug zudem alle Exekutivämter

im Majorzverfahren gewählt, und das bedeutet, dass es ein Nachrutschen von einer Liste nicht gibt. Entscheidet sich also die Gemeinderätin dafür, für beide Ämter zu kandidieren, so wird es zwangsläufig eine Nachwahl geben. Kandidiert sie nur für das höhere Amt, so steht sie (und die Partei) unter Umständen am Schluss mit leeren Händen da. So heisst es abzuwägen, was die bessere Strategie ist.

Durch den Entscheid beider FDP-Regierungsräte, Baudirektor Urs Hürlimann und Volkswirt-

schaftsdirktor Matthias Michel, nicht mehr für eine weitere Amtsperiode anzutreten, steht die FDP Zug vor der grossen Herausforderung, gleich beide Sitze mit neuen Personen verteidigen zu müssen. Die beiden von der Nominationsversammlung bestimmten Kandidaten Florian Weber und Andreas Hostettler sind noch keine Exekutivpolitiker, und so ist zumindest die oben genannte Problematik obsolet. Beide Kandidaten sind Kantonsräte und können sowohl auf der Liste für den Kantonsrat als



Birgitt Siegrist

auch für den Regierungsrat kandidieren. Im Falle der Wahl in den Regierungsrat kann der Nächstplatzierte nachrutschen. Allerdings nicht bei Florian Weber, der in einer Gemeinde kandidiert, die nur zwei Kantonsräte stellt. Da die aussichtsreichsten Kandidaten auf der Liste kumuliert werden, ist er der einzige Kandidat. Also wird es auch durch diesen Umstand eventuell – und hoffentlich – eine Nachwahl geben, sollte Florian Weber in den Regierungsrat gewählt werden.

Alles ziemlich kompliziert, und bei solchen Fragen sieht man ganz deutlich, was im Vorfeld von Wahlen schon alleine bei der Zusammenstellung der Kandidatinnen und Kandidaten beachtet werden muss – neben der persönlichen Eignung notabene. Diese haben unsere beiden Regierungsratskandidaten zweifellos, und so gehen wir mit grosser Zuversicht in die Wahlen. Wir möchten weiterhin mit zwei Vertretern liberale Politik für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Zug machen.

Birgitt Siegrist
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Zug

FDP
Die Liberalen
ZUG
IM FOKUS

Für einen starken und fortschrittlichen Kanton Zug.
Für einen attraktiven Arbeits- und Lebensraum.



Florian Weber
in den Regierungsrat



Andreas Hostettler
in den Regierungsrat



Die beiden Regierungsratskandidaten Florian Weber, Kantonsrat und Fraktionschef, und Andreas Hostettler, Kantonsrat und Parteipräsident.

Vorausschauende Verkehrspolitik

Ja zum Bundesbeschluss Velo

FDP. Die Liberalen setzt sich für eine vorausschauende Verkehrspolitik und für ein Miteinander aller Verkehrsträger ein. Weitsichtige Planung und globales Denken sind wichtig, um Konflikte zwischen den verschiedenen Transportmitteln zu vermeiden. Dabei dürfen wir aber auch den Föderalismus nicht vergessen und müssen den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Darum unterstützt die FDP den Bundesbeschluss Velo.

Für die FDP ist es wichtig, alle Verkehrsmittel in einem globalen System zu sehen, dieses System parallel zu entwickeln und an die Nachfrage und die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer anzupassen. Nicht umgekehrt. Mit dem Bundesbeschluss Velo wird der Drahtesel integraler Bestandteil dieses Systems und soll das bestehende Angebot sinnvoll

ergänzen, ohne den Verkehr der übrigen Transportmittel zu behindern. Dazu wird der bisherige Artikel 88 der Bundesverfassung über Fuss- und Wanderwege durch den Veloverkehr ergänzt – ein besseres Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsmittel wird ermöglicht. Dadurch soll der Bund Kantone und Gemeinden unterstützen können,

ohne die föderale Zuständigkeit anzutasten. Die Hoheit der Kantone wird dabei nicht verletzt; eine Pflicht zur Förderung der Velowege oder die Kompetenz zum Eingriff in die kantonalen Hoheiten



Rocco Cattaneo

besteht nicht. Auch Mehrkosten werden keine verursacht. Die Finanzierung dieser Infrastrukturen ist bereits im Rahmen der Agglomerationsprogramme geregelt, über die der Bund finanzielle Beiträge an den Langsamverkehr leistet. Für die Jahre 2019 bis 2022 sind es etwas mehr als 300 Millionen Franken, die vor allem für den Veloverkehr bestimmt sind. Eine zusätzliche Finanzierung durch den Bund ist daher weder vorgesehen noch erforderlich.

Rocco Cattaneo, Nationalrat TI

Weniger Auswahl, steigende Preise!

- 👉 teurer, kaum umsetzbarer Kontrollapparat
- 👉 zusätzliche Umweltvorschriften, neue Steuern
- 👉 verletzt Handelsrecht und schafft Exportrisiken
- 👉 mehr Bevormundung für KonsumentInnen
- 👉 steigende Lebensmittelpreise
- 👉 weniger Auswahl

agrarinitiativen-nein.ch



23. September 2018

2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität



Gemeinsam weiterkommen

Erfolgreicher Start ins Wahljahr

Rund 300 freisinnige Wanderfreunde von Alt bis Jung starteten am 18. August von unterschiedlichen Ausgangspunkten, um sich schliesslich auf der Schatzalp ob Davos zu treffen. Hier wurde bei strahlender Sonne das 150-Jahr-Jubiläum der FDP Graubünden gefeiert – und zugleich schwor Petra Gössi die liberale Familie auf den Wahlkampf 2019 ein.



Die FDP Graubünden ist bereits seit 150 Jahren erfolgreich. Gerade dieses Jahr konnten die Bündner im kantonalen Parlament noch zulegen. So darf es getrost weitergehen. Wer aber schon so lange so viel Einsatz zeigt, dürfe zwischendurch auch kurz ausruhen und neue Kräfte sammeln, so Petra Gössi. Dazu überreichte sie im Namen der FDP Schweiz ein Holzbänkli, das in Davos künftig an den Wandertag erinnern und den Bündner Freisinn

in hektischen Zeiten zur Verschnaufpause einladen wird.

Tatsächlich stehen hektische Zeiten kurz bevor: Die Wahlen 2019 stehen vor der Tür. Damit wir die SP überholen können, brauche es nochmals einen zusätzlichen Sondereinsatz von allen, mahnte die Präsidentin.

Der nationale Wandertag diente auch dazu, den Freisinn auf die Wahlen einzuschwören: Die Teilnehmer – mit dem Bike, dem Oldtimer oder zu Fuss – starteten an unterschiedlichen Ausgangspunkten. Unterschiedlich waren die Mittel und unterschiedlich die Routen, aber alle Gruppen hatten immer ein gemeinsames Ziel vor Augen: die Schatzalp, hoch über Davos. Nach kurzen Ansprachen liess man bei strahlendem Sonnenschein, Musik und Essen den Gemeinsinn hochleben.

Der Freisinn ist fit, der Zusammenhalt ist stark, die Stimmung bestens. Die FDP ist bereit für die Wahlen – gemeinsam kommen wir weiter!

«Das kommende Wahljahr wird sehr intensiv, ich schaue ihm aber mit Zuversicht entgegen. Denn die heutige Wanderung hat mir gezeigt: Die Freisinnigen, die sind fit!» Petra Gössi





Klares Verhältnis von Landes- und Völkerrecht

Dank stärkerem Staatsvertragsreferendum

Im Gegensatz zur Selbstbestimmungsinitiative, die dem Völkerrecht mit einem unberechenbaren Holzhammer zu Leibe rücken will, fordert die FDP eine stärkere demokratische Legitimation von Staatsverträgen. Auch die Kündigung von Staatsverträgen wird auf unseren freisinnigen Input hin klarer geregelt.

In Umsetzung einer freisinnigen Motion hat der Bundesrat am 16. August 2018 die Vernehmlassung für die Vorlage «Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter» eröffnet. Damit gibt er ein klares Signal ab, dass er das Verhältnis zwischen Landes- und Völkerrecht verbessern will, wie es die FDP schon seit 2013 in einem Positionspapier fordert.

Völkerrecht und direkte Demokratie können gleichzeitig gestärkt werden, wenn das Vorgehen bei der Unterzeichnung und Ratifizierung von internationalen Verträgen verbessert wird. Völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter sollen daher zwingend vor Volk und Stände – genauso wie entsprechende Normen im Landes-

recht ja auch («Parallelismus»). Beide Parlamentskammern haben meine Motion ohne Gegenstimme gutgeheissen und an den Bundesrat überwiesen.

Neben dieser Erweiterung des obligatorischen Referendums drängen sich aus Sicht der FDP weitere Prinzipien bei der Ratifizierung von internationalen Abkommen auf: Neue Verträge sollten in erster Linie dann unterzeichnet werden, wenn diese der Schweiz klare Vorteile bringen oder Schweizer

Werte auf internationaler Ebene stärken. Zudem soll die Kündigung von Verträgen klarer geregelt werden, wie das auf freisinnigen Input im Parlament nun geschieht.

Staatsverträge noch stärker legitimieren

Die Schweiz profitiert grundsätzlich von einem funktionierenden Völkerrecht. Als Kleinstaat kann die Schweiz ihre Interessen nur mit den Mitteln des Rechts, nicht aber mit den Mitteln der Machtpolitik, international durchsetzen. Völkerrechtliche Verträge sind die Grundlage für gute internationale Beziehungen, welche die Schweiz stark machen und für Rechtsicherheit sorgen.

In der Schweiz wird eine internationale Verpflichtung im Moment der Ratifikation Teil der Schweizer Rechtsordnung. Dieses Prinzip hat sich bisher zwar gut bewährt, aber es verlangt auch nach einer starken Legitimation von Völkerrecht im Sinne der FDP-Position. Auch eine Klärung der heutigen Praxis, wonach Parlament und Souverän ausnahmsweise durch klaren Entscheid in einer bestimmten Konstellation vom Völkerrecht hätten abweichen können («Schubert-Praxis»), wäre aus freisinniger Warte eine Option gewesen.

Rechtssicherheit schaffen, statt sie zu untergraben

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) hingegen greift das Völkerrecht auf breiter Front an und zudem auf eine äusserst diffuse Art und Weise. Die Initiative nimmt für sich in Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen – doch kann sie aufgrund ihrer Unklarheiten und Widersprüche nicht einmal ihr eigenes Versprechen einlösen. Stattdessen schafft sie maximale Rechtsunsicherheit nicht nur im Inland, sondern auch gegenüber unseren ausländischen Vertragspartnern. So explosiv wie diffus ist insbesondere der Auftrag, alle widersprechenden Verträge «nötigenfalls» zu kündigen. Niemand weiss, was das heisst, aber für die SVP ist es die ideale Vorlage, um dann «Verrat» zu rufen, wenn ein Vertrag nicht gekündigt wird.

Diese Initiative ist klar abzulehnen, und das Verhältnis von Landesrecht und Völkerrecht ist mit der FDP-Forderung nach einem obligatorischen Referendum für verfassungsartige Staatsverträge und klare Kündigungsregeln zu stärken. Das schafft Rechtssicherheit, statt sie zu untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

«Die Selbstbestimmungsinitiative greift das Völkerrecht mit dem unberechenbaren Holzhammer an.»

Nein zum staatlichen Ess-Diktat

Interview mit Hansjörg Brunner

Am 23. September stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die zwei linksrünen Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner erklärt uns im Interview, warum die beiden Volksinitiativen staatliche Eingriffe in unsere Freiheit mit sich bringen und deshalb abgelehnt werden sollten.

Hansjörg Brunner, die Gegner der Agrar-Initiativen sprechen von staatlichen Eingriffen in unsere Freiheit. Wie ist das zu verstehen? Die Initiativen verlangen, dass der Staat Import- oder Verkaufsverbote auf alle Produkte verhängt, die nicht zu 100 Prozent nach dem Gusto der Grünen produziert wurden. Dadurch kommt nur noch auf unseren Teller, was der Staat gutheisst. Viele Schweizerinnen und Schweizer können es sich nicht leisten, tagein, tagaus Bioprodukte zu kaufen. Die heutige Angebotsvielfalt lässt uns die Wahlfreiheit: Wer will, kann seine Eier entweder beim Biohof um die

Ecke oder beim Discounter kaufen – je nach Budget und Vorlieben können wir entscheiden, wo und was wir einkaufen. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sind mündig und entscheiden nach eigenem Gusto. Eine Freiheit, welche die Grünen mit diesen Agrar-Initiativen zerstören wollen.

Wer garantiert mir denn heute, dass mein Gemüse unter fairen und ökologischen Bedingungen angebaut wurde? In der Schweiz herrscht in der Lebensmittelindustrie eine Deklarierungspflicht. Das

heisst, auf jedem Produkt muss gekennzeichnet sein, aus welchem Land es stammt. Diverse Produktlabels schaffen dazu Orientierung und informieren die Konsumentinnen und Konsumenten über Inhaltsstoffe und Produktionsverfahren.



Hansjörg Brunner, Nationalrat TG

Können Sie ein genaues Beispiel geben, was eine Annahme der Initiativen bedeuten würde? Wenn Sie beim Grossverteiler Teigwaren kaufen möchten, haben Sie in der Regel ein riesiges Regal mit diversen Teigwaren, von welchem Sie Ihre bevorzugte Packung auswählen können – von den Budget-Spaghetti bis zu den Premium-Spaghetti finden Sie alles. Die Agrar-Initiativen führen zu einem staatlichen Ess-Diktat, da nicht mehr alle Produkte importiert werden dürften. Die Angebotsvielfalt würde massiv reduziert, und der Staat würde letzten Endes entscheiden, welche Spaghetti auf Ihrem Teller landen.

Das heisst, die Initiativen müssen abgelehnt werden? Unbedingt, denn die Folgen wären wirklich gravierend. Auch der Einkaufstourismus und der Onlinehandel würden massiv zunehmen, was besonders die Grenzregionen zu spüren bekämen.



Damit wir die Agrar-Initiativen erfolgreich bekämpfen können, sind wir auf jede Hilfe angewiesen. Scannen Sie den QR-Code, und Sie gelangen zur Kampagnen-Webseite, wo Sie Leserbriefe, Flyer oder Plakate bestellen können.



USA, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Deutschland – politische Bewegungen feiern ein Comeback, und was für eins. Gleich mehrere grosse Staaten haben ihre Kraft zu spüren bekommen. Politische Bewegungen sind aber nichts Neues, schon gar nicht für unsere aus der liberalen Bewegung heraus entstandene FDP. Für die Wahlen 2019 geht unsere Partei also mit der Zeit – und kehrt dabei gleichzeitig zu ihren Wurzeln zurück.

Was haben Influencer, Fake News und politische Bewegungen gemeinsam? Sie alle gab es schon immer, erhalten aber dank dem Aufstieg Sozialer Medien eine Neubelebung und eine neue Plattform. Sie wirbeln ganze Branchen, die Medien und die Politik durcheinander. Während Phänomene wie «Fake News» ohne Frage problematisch sind, eröffnen andere Aspekte im Zusammenhang mit Sozialen Medien neue Perspektiven. Gefährlich wäre einzig, sich den Veränderungen zu verschliessen und so die Chance zu verpassen, die jungen Generationen mit ins Boot zu holen. Bewegungen sind

selbstbewusst, zielorientiert, locker und haben etwas «hippes» an sich, was sie wiederum «in» macht.

Zurück zum Ursprung des Erfolgs

Für unsere Partei ist es nichts Neues, eine Bewegung für alle Menschen in der Schweiz zu sein. Es wäre ein «Back to the Roots». Die FDP wurde 1894 aus verschiedenen Bewegungen heraus gegründet; dem Nationalverein, dem Volksverein und der parlamentarischen Fraktion. Die Liberale Partei Schweiz entstand 1913 aus dem Eidgenössischen

Verein. Weil die FDP seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Bundesstaat sowie die kantonalen und kommunalen Behörden stark mitbestimmt, auch weil unsere Partei seit 1848 ohne Unterbruch in der Regierung vertreten ist, findet die FDP – und damit auch das Erfolgsmodell Schweiz – ihre Wurzeln in früheren politischen Bewegungen.

Bewegung als Fortschritt

Als fortschrittliche und offene Partei, die globale Wertvorstellungen vertritt und sich nicht in eine starre Schublade stecken lässt, sollte es unser Ziel sein, weiterhin eine freisinnige und traditionelle Familie zu bleiben und unsere Strukturen dennoch dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Die heutigen Generationen bevorzugen smarte Teilnahmemöglichkeiten, agile Organisationen und entkrampfte Events. Diesen Bedürfnissen müssen wir in der Gestaltung unserer Organisation unbedingt Rechnung tragen. Ein Wandel von der Partei im herkömmlichen Sinn hin zur Partei als Bewegung mit anpassungsfähigen Strukturen, einem klaren Profil und verschiedensten Teilnahmemöglichkeiten, in der auch lose Mitgliedschaften bzw. reine Sympathisanten Platz haben – ein solcher Wandel hat das Potenzial, die Antwort zu sein auf den Trend, parteilos zu politisieren.

Mit Herzblut, Begeisterung und Freude zum Ziel

Eine Bewegung sein zu wollen, heisst aber nicht, dass man bei der nächsten politischen Debatte auch automatisch eine ist. Eine Bewegung lebt von den vielen Anhängern, von klaren Zielen und einer authentischen Ausstrahlung. Weil Bewegungen normalerweise von unten nach oben entstehen und organisch wachsen, braucht es im Fall der «FDP als Bewegung» jede kleinste Ortspartei, jedes Mitglied und jeden Mandatsträger, der die Überzeugung für eine Sache mit Begeisterung, Freude und der nötigen Lockerheit nach aussen trägt. Erzählen wir also am Stammtisch, im Pausenraum und beim Feierabendbier über unseren Einsatz, unsere Errungenschaften und unsere nächsten Ziele. Motivieren wir andere zum Mitmachen, ohne sich gleich an die Partei binden zu müssen. Was nicht ist, kann ja schliesslich noch werden.

Gabriel Macedo

Gabriel Macedo ist Stadtschreiber von Rheineck und kandidiert aktuell als Stadtpräsident der Stadt Amriswil (Wahl 25. 11. 2018). Er ist Regionalpräsident der FDP.Die Liberalen Rheintal und Ortsparteipräsident der FDP.Die Liberalen Rheineck.

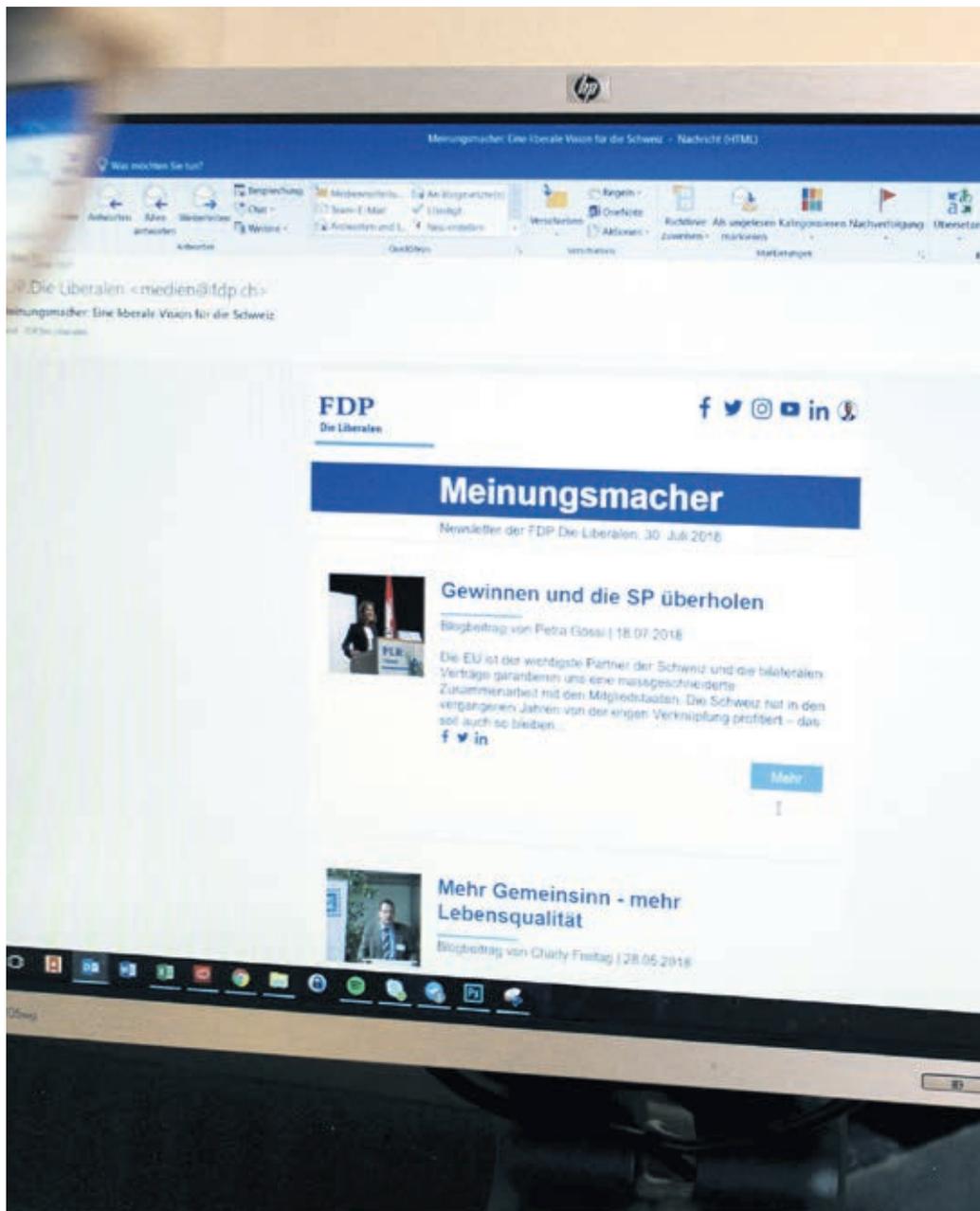
Meinungsmacher

Neuer FDP-Newsletter



Seit Mai 2018 liefert Ihnen ein neugestalteter Newsletter der FDP die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und die News aus Presse und Social Media. Bleiben Sie auf dem Laufenden und abonnieren Sie unseren «Meinungsmacher».

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>



Der «Meinungsmacher» erscheint monatlich und liefert in Kürze alle News zur FDP.

AGENDA

10. bis 28. September

Herbstsession

23. September

Eidgenössische Volksabstimmung

29. September

Delegiertenversammlung in Baselland

7. Oktober

Gesamterneuerungswahlen in Zug

5. November

Fraktionsessen

8. bis 10. November

ALDE-Kongress Madrid

25. November

Eidgenössische Volksabstimmung

26. November bis 14. Dezember

Wintersession

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

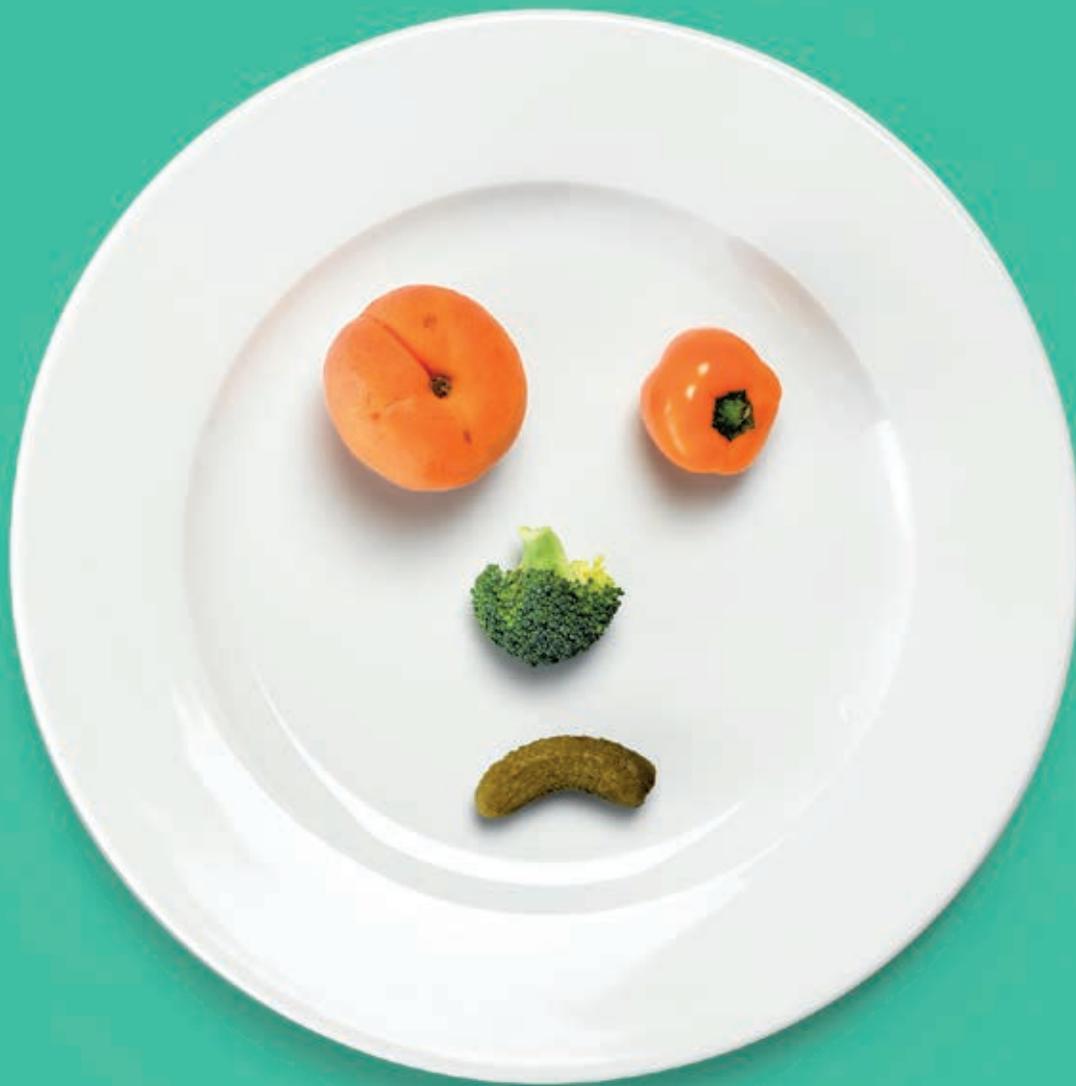
LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

Weniger Auswahl, steigende Preise!



23. September 2018

2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

agrarinitiativen-nein.ch